

Straubhaar, Thomas

**Article — Published Version**

**Für ein offenes Europa**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Straubhaar, Thomas (2006) : Für ein offenes Europa, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 86, Iss. 2, pp. 74-75,  
<https://doi.org/10.1007/s10273-006-0473-4>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42671>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Für ein offenes Europa

Europa hat es schwer in diesen Tagen. Viele Probleme harren der Lösung. Nach dem „Nein“ der Bevölkerung in Frankreich und in den Niederlanden hängt der Europäische Verfassungsentwurf in der Schwebe. Mitte Januar 2006 hat das Europäische Parlament den von den Staats- und Regierungschefs im Dezember 2005 vereinbarten EU-Finanzrahmen für die Jahre 2007 bis 2013 mit großer Mehrheit vorerst zurückgewiesen. Somit bleibt die Frage offen, warum der „Britten-Rabatt“ genauso Bestand haben soll wie die hohen Agrarsubventionen. Nicht zuletzt verdeutlichen die weltpolitischen Spannungen die ungemein starke Energie-Abhängigkeit Europas von den öl- und gasexportierenden Ländern. Keine andere Weltregion ist so sehr mit den Weltmärkten verflochten. Keine andere Weltregion ist so sehr abhängig von offenen Märkten und deswegen so leicht verletzlich und einfach erpressbar.

Die in jüngerer Vergangenheit größer gewordenen Probleme Europas führen in vielen Regionen und breiten Bevölkerungsschichten zu Unsicherheit und Angst. Plötzlich sind materieller Wohlstand, Unabhängigkeit und individuelle Freiheit nicht mehr selbstverständlich. Der Sozialstaat steht unter dem mannigfachen Druck der Globalisierung und des damit einhergehenden Endes des ökonomischen Vorsprungs Europas. Manche reagieren mit Abwehr. So werden in Frankreich die Einwanderungsgesetze verschärft, und in Dänemark finden nationalistische Strömungen Zulauf. Andere reagieren mit Verweigerung. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien gibt es immer wieder Stimmen, die zu einem Austritt aus der Europäischen Währungsunion raten. Einige reagieren mit Protest, sie streiken. Kaum jemand, der in ökonomisch harten Zeiten für die europäische Integration eine politische Lanze bricht. Im Gegenteil: oft muss Brüssel als Sündenbock und Blitzableiter herhalten, um von strukturellen Mängeln der nationalen Wirtschaftspolitik in den einzelnen EU-Mitgliedsländern abzulenken.

Die anti-europäische Stimmung kumuliert in der Ablehnung des Herkunftslandprinzips im grenzüberschreitenden EU-Dienstleistungsverkehr. Anstatt die langfristigen Chancen zu sehen, die mit einer wirklichen gegenseitigen Öffnung der Dienstleistungsmärkte verbunden sind, werden die kurzfristigen Anpassungskosten hervorgehoben, um damit den Protest der Massen zu mobilisieren. In Frankreich ist der Klempner aus Polen, in Deutschland der Schlachter aus Osteuropa zum Feindbild gemacht worden. Polemisiert wird, dass die Konkurrenz aus dem Osten Arbeitsplätze im Westen vernichten würde. Verschwiegen wird, dass billigere Dienstleistungen die reale Kaufkraft aller Löhne erhöhen, dass billigere Dienstleistungen die Produktionskosten senken und damit die heimischen Firmen international wettbewerbsfähiger machen und dass die polnischen Klempner oder osteuropäischen Schlachter und Bauarbeiter auch Verbraucher sind und auch westeuropäische Güter konsumieren und so westeuropäische Exporte stimulieren. Und vor allem wird ausgeblendet, dass in vielen Bereichen der höher qualifizierten Dienstleistungen deutsche oder französische Unternehmen besonders ausgeprägte komparative Vorteile aufweisen, was sie zu europaweiten Lieferanten von Finanzierungs-, Versicherungs-, Verkehrs-, Transport-, Logistik-, Handels-, Bildungs-, Gesundheits-, Beratungs- und Managementdienstleistungen prädestiniert.

Die europaweite Dienstleistungsfreiheit ist nicht nur einer der Grundpfeiler des europäischen Integrationsprozesses. Sie ist von zentraler Bedeutung für eine europäische Gesellschaft, die vor dem Übergang aus dem Industriezeitalter des letzten Jahrhunderts in das Wissens- und Informationszeitalter der Zukunft steht. Wo sonst, in welchem anderen Bereich als im Dienstleistungssektor sollten und



**Thomas Straubhaar**

---

könnten denn die Arbeitsplätze für die in Massen in der europäischen Industrie freigesetzten Fließbandarbeiter entstehen? Schon lange ist es alleine der Dienstleistungssektor, der in Europa netto für mehr neue Beschäftigungsverhältnisse sorgt. Es ist angesichts der Verfügbarkeit wesentlich billigerer Industriearbeiter in anderen Weltregionen absolut illusorisch, dass Europa jemals wieder einen industriellen Beschäftigungsboom erleben wird. Die Industrie wird in Europa weiterhin einen beträchtlichen und möglicherweise auch wieder zunehmenden Beitrag zur Wertschöpfung leisten. Diese Wertschöpfung wird jedoch kapitalintensiv mit Spezialmaschinen, Präzisionsgeräten, Apparaten und Robotern, nicht jedoch mit Massen von weniger qualifizierten Menschen hergestellt werden.

Die Dienstleistungsfreiheit ist unverzichtbare Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa. Genau diese Überzeugung lag der Lissabon-Strategie vom März 2000 zugrunde. Zu Recht stellte der Europäische Rat damals fest: „Der Dienstleistungssektor ist unterentwickelt.“ Deshalb bedürfe es für das Ziel, bis 2010 „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“, verschiedener „Wirtschaftsreformen für einen vollendeten und einwandfrei funktionierenden Binnenmarkt“, und notwendig sei „bis Ende des Jahres 2000 eine Strategie für die Beseitigung der Hemmnisse im Dienstleistungsbereich“ inklusive der Finanzdienstleistungen. Mehrere Studien prognostizierten hunderttausende neuer Beschäftigungsverhältnisse als Folge einer weitgehenden Liberalisierung der europäischen Dienstleistungsmärkte. Wie nur kann es sich Europa mit Blick auf seine Millionen Arbeitslosen leisten, diese Chance schlecht genutzt verstreichen zu lassen?

Mit einer defensiven strukturerhaltenden Strategie wird in Europa keine Massenbeschäftigung zu erreichen sein. Abwehr, Verweigerung, Proteste und Streiks lösen keines der drängenden Arbeitsmarktp Probleme. Sie mindern höchstens kurzfristig die Folgen des unaufhaltsamen Strukturwandels. In der längeren Frist schaffen sie jedoch lediglich neue Probleme. Denn ohne starke Firmen wird die finanzielle Substanz fehlen, um die Schwächeren der Gesellschaft unterstützen zu können. Starke Firmen aber sind auf eine nach vorne gerichtete, moderne und zeitgemäße Wirtschaftspolitik angewiesen. Wer im rauen Wind des weltweiten Wettbewerbs jenen Mehrwert zu erwirtschaften hat, aus dem auch die Transferzahlungen an strukturschwache Regionen, Branchen oder an notleidende Menschen finanziert werden müssen, braucht gute Voraussetzungen. Wenig bürokratische Hemmnisse und offene Märkte sind entscheidend – gerade für europäische Firmen.

Angst und Unsicherheit vor den Folgen des Strukturwandels von der Industrie- zur Dienstleistungswirtschaft sind verständlich. Um sie zu überwinden, bedarf es gut gewählter und richtig eingesetzter polit-ökonomischer Mechanismen. Der Verzicht auf offene und freie Märkte ist der falsche Ansatz. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft weist den richtigen Weg. Es basiert auf der Idee, dass die Gewinner einer Marktliberalisierung die Zustimmung möglicher Verlierer durch soziale Gegenleistungen erkaufen. Mit dem einfachen Prinzip der Irenik von Marktwirtschaft und Sozialpolitik ist Europa in der Nachkriegszeit sehr gut vorangekommen. Es bedeutet, dass die Deregulierung der Märkte Hand in Hand mit einer sozialen Absicherung gehen muss. Nicht Mindestlöhne oder Mindestpreise sind gefragt. Festzulegen sind eine Mindestsicherung für alle und allgemeingültige Mindeststandards – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Zeiten sind schwer genug für Europa. Es hilft nicht weiter, durch eine rückwärtsgerichtete Politik die künftigen Handlungsspielräume einzuengen. Mehr Markt im Dienstleistungssektor ist nicht die Ursache des europäischen Beschäftigungsproblems, sondern die Lösung.